

## **Gemeinderat Niederhasli**

### **Mitteilungen aus dem Sitzungsbetrieb (04/2024)**

#### **Versuchsprojekt "Notwohnen Soziales"**

**Der anhaltende Druck auf dem Wohnungsmarkt hat den Gemeinderat veranlasst, ein Versuchsprojekt zu starten. Befristet auf zwölf Monate wird ein zur Miete ausgeschriebenes Einfamilienhaus im Dorfteil Niederhasli als Notunterkunft genutzt. Armutsbetroffenen oder armutsgefährdeten Personen sollen in diesem Gebäude einzelne Zimmer zur Miete angeboten werden können. Das Projekt richtet sich explizit nicht an Personen aus dem Asylbereich. Für diese Personengruppe bestehen bereits andere Unterbringungsmöglichkeiten. Das Projekt wird durch den Bereich Sozialhilfe betreut.**

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis des Menschen. Mit den steigenden Referenzzinssätzen, den erhöhten Energiepreisen, den steigenden Mieten im Zuge von Energiesanierungen und der zunehmenden allgemeinen Teuerung hat sich die Situation rund um das Thema Wohnen verschärft. Hinzu kommt die Wohnungsknappheit, welche auch in der Gemeinde Niederhasli insbesondere im unteren Preissegment vorherrscht. Armutsbetroffene und -gefährdete Personen bekunden zunehmend Mühe, bei steigenden Mieten die Wohnung zu behalten bzw. es wird immer schwieriger, überhaupt eine bezahlbare Wohnung zu finden.

In der Praxis und im Alltag bekommt dies der Bereich Sozialhilfe innerhalb der Abteilung Soziales besonders zu spüren. Im Rahmen der persönlichen Beratung wird die Sozialberatung seit längerer Zeit wöchentlich mit Anfragen in Bezug auf das Thema Wohnen kontaktiert. Die Sozialberatung erfährt dabei von den oftmals schwierigen und äusserst prekären Wohnsituationen und spürt, unter welchem Druck Hilfesuchende bei der Suche nach einer finanzierbaren Wohnmöglichkeit stehen.

Um dieser Problematik zumindest vorübergehend etwas entgegen zu können, hat der Gemeinderat ein befristetes Mietverhältnis für ein Wohnhaus abgeschlossen. Damit soll betroffenen Personen eine vorübergehende Anschlusslösung oder ein Obdach geboten werden können. Gleichzeitig kann möglicherweise zumindest vorübergehend vom Anmieten von Notzimmern und Notunterkünften in anderen Gemeinden, Hotels oder Pensionen abgesehen werden. Seitens der auserwählten Bewohnerinnen und Bewohnern sollen grundsätzlich Einnahmen generiert werden. Oberstes Ziel ist es, die betroffenen Personen bei der Suche nach einer eigenständigen und von der Gemeinde unabhängigen Wohnmöglichkeit zu unterstützen.

Die Kosten für die Miete während zwölf Monaten und andere Auslagen werden auf Fr. 65'000.— geschätzt. Demgegenüber können seitens der Bewohnerinnen und Bewohnern geleistete Mietkosten als Einnahmen generiert werden.

## **Punktuelle Pensenanpassungen bei der Gemeindeverwaltung**

**Bei der Abteilung Soziales wird das Pensum auf Sachbearbeitungsstufe um 20 Stellenprozent und bei der Abteilung Bau und Umwelt um eine Vollzeitstelle erhöht. Während der Ressourcenbedarf bei der Abteilung Soziales vorwiegend auf den sprunghaften Anstieg des Asylkontingents zurückzuführen ist, drängen sich bei der Abteilung Bau und Umwelt nach über zehn Jahren zusätzliche Personalressourcen auf Sachbearbeitungsebene auf.**

Innerhalb der vergangenen Monate hat sich die Arbeitslast der Abteilung Soziales sukzessive erhöht. Ausschlaggebend für die nun erfolgte Überschreitung der Belastungsgrenze ist in erster Linie die zweimalige Erhöhung des Aufnahmekontingents für Asylsuchende. Dieses Kontingent ist in kurzer Zeit von 0.5 % auf 1.6 % angestiegen. Konkret müssen die Gemeinden inzwischen dreimal mehr Personen aufnehmen, beherbergen und betreuen. Auch wenn diese Aufgaben auf Basis der abgeschlossenen Leistungsvereinbarung in erster Linie einer externen Unternehmung übertragen sind, bedarf es insbesondere seitens Abteilungsleitung punktuelle und aufwändige Unterstützung, vorwiegend bei der Suche und Betreuung der Mietverhältnisse sowie auch bei der gesamtheitlichen Koordination des Asylbereichs. Mit der vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhung des Gesamtpenums im Rahmen von 20 Stellenprozent soll vorerst Abhilfe geschaffen werden.

Im Rahmen eines umfassenden Reorganisationsprozesses der ganzen Gemeindeverwaltung wurde im Jahr 2012 die Abteilung Bau und Umwelt komplett neu aufgestellt. Die personellen Strukturen sind seither unverändert. Die Abteilung setzt sich aus den drei eigenständigen Bereichen Hochbau und Planung, Tiefbau und Landschaft sowie Liegenschaften zusammen. Das Gesamtpensum der Abteilung wurde seit der damaligen Reorganisation nur marginal angepasst. Die Auslastung der Abteilung mit ihren vielfältigen und teils neu hinzugekommenen Aufgabenbereichen bewegt sich anhaltend auf hohem Niveau. Die Anforderungen an das Tagesgeschäft und ihre Komplexität sind dem Jahr 2012 kontinuierlich angestiegen. Der anhaltende Bauboom lässt hierbei keine Entspannung erwarten. Im Gegenteil, mit der Zentrumsentwicklung rund um den Bahnhof und der allgemein zu erwartenden Entwicklung der Gemeinde wird die Belastung in Zukunft weiter zunehmen. Abgeleitet vom grundsätzlichen Anspruch, während den Büroöffnungszeiten jederzeit eine Abdeckung auf Sachbearbeitungsebene sicherstellen zu können, bedarf es einer punktuellen Anpassung der personellen Strukturen. Mit der vom Gemeinderat beschlossenen Schaffung einer neuen Vollzeitstelle auf Sachbearbeitungsebene sollen insbesondere die Abteilungsleitung sowie die Bereichsleitenden wirkungsvoll entlastet werden. Im Hinblick auf den im nächsten Jahr anstehenden Altersrücktritt des langjährigen Bereichsleiters Liegenschaften können dieser Stelle zudem sukzessive dessen administrative Aufgaben übertragen werden.

## **Projektauftrag Gemeinde GIS Niederhasli**

**Mit der Einführung eines Gemeinde GIS (GemGIS) vollzieht die Gemeinde nun auch im Bereich des geografischen Informationssystems einen wichtigen Digitalisierungsschritt. Der Gemeinderat hat zulasten seiner autonomen Kreditkompetenz einen Kredit von Fr. 52'500.— für die Erstaufschaltung dieses gemeindeeigenen Systems freigegeben und der Müller Ingenieure AG, Dielsdorf, den entsprechenden Auftrag erteilt. Neben Behörden und Verwaltung sollen auch Notfallorganisationen wie Feuerwehr und Gemeindepolizei von diesem System profitieren können.**

Der Kanton Zürich hat vor rund 30 Jahren mit dem Aufbau eines computergestützten geografischen Informationssystems begonnen, welches unter GIS-ZH bekannt ist. Je nach Nutzergruppe können über den «GIS-Browser» Geodaten anhand von über 100 Karten eingesehen und bezogen werden. Das GIS-ZH stellt somit ein heute nicht mehr zu missendes Arbeitsinstrument dar, mit welchem raumbezogene Daten und Karten erfasst, gespeichert, verwaltet, analysiert und präsentiert werden können.

Weil solche Daten und Karten als wichtige Grundlage für vielfältige Aufgaben und Entscheide dienen, haben bereits diverse Gemeinden parallel dazu ein kommunales GIS aufgebaut. In diesem System können gemeindespezifische Daten erfasst werden, allen voran solche des Werkleitungskatasters Wasser und Abwasser. Weiter können im System weitere Daten der Gemeinde hinterlegt werden. So beispielsweise Inventareinträge, Dienstbarkeiten, Pacht- und Baurechtsflächen usw., welche im Zusammenhang mit Grundstücken stehen. Das umfangreiche Daten- und Kartenmaterial kann von der Gemeinde beliebig erweitert und für involvierte Nutzergruppen individuell freigeschaltet werden. Hierzu zählen auch externe Stellen, wie beispielsweise die Feuerwehr oder die Gemeindepolizei.

Neben dem Kredit von Fr. 52'500.— für die Erstaufschaltung hat der Gemeinderat für den Betrieb des GemGIS einen jährlich wiederkehrenden Kredit von rund Fr. 22'000.— freigegeben.

*Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Daniel Wüest, Gemeindepräsident, 076 238 39 11, oder Patric Kubli, Gemeindeschreiber, 043 411 22 50, gerne zur Verfügung.*

---

5. Juni 2024

Geht per E-Mail an:

- Pressestellen
- Politische Ortsparteien
- Gemeinderat
- Schulpflege
- Rechnungsprüfungskommission
- Personal Gemeindeverwaltung